

Besonders schwer fällt es, plausible Schlüsse aus der Einschätzung der sozialen (nach dem Gesetz Notlagen-) Indikation zu ziehen. Allensbach stellt die Frage nicht generell, sondern testet selektiv Gründe für sie. Daß der Schluß, man sei in der Zustimmung zu dieser Indikation vorsichtiger geworden, aber nicht falsch ist, bestätigt auch eine Infas-Umfrage vom November 1988. Danach wurde die Indikation nach „finanzieller oder sozialer Notlage“ nur von einer relativen Mehrheit (46 Prozent der Befragten) gutgeheißen (allerdings bei einem ungewöhnlich hohen Anteil von meinungslosen „Enthaltungen“). Die gleiche Umfrage signalisiert überdies eine hohe Akzeptanz der „zwingend vorgeschriebenen“ *Beratung*: 71 Prozent halten sie für richtig.

Falsch wäre es jedoch, aus den Daten zu schließen, in der Bevölkerung wachse auch die Bereitschaft zu einer Gesetzesverschärfung. Den alten § 218 will nur eine verschwindende Minderheit wiederherstellen – nach Allensbach 12 Prozent. Diesbezüglich gibt es in den achtziger Jahren auch kaum Verschiebungen. Und trotz zunehmenden Zögerns bei der sozialen Indikation wie bei der Forderung nach grundsätzlicher Straffreiheit der Abtreibung ist die Zustimmung zum geltenden Indikationenmodell – ohne daß direkt nach diesem gefragt wurde – noch gewachsen. Auf die Frage, sollte der Schwangerschaftsabbruch in ganz bestimmten Fällen erlaubt werden, „z. B., wenn die Ärzte es empfehlen oder wenn schlechte soziale Verhältnisse vorliegen, oder sonst aus zwingenden Gründen“, antworteten 1984 50 Prozent mit Ja, 1988 61 Prozent – bei nur geringfügigen Unterschieden zwischen Männern und Frauen.

Ein Schluß drängt sich freilich in jedem Fall auf: Die Mehrheit der Bevölkerung hält sich zwar im weitesten Sinne „Notausgänge“ offen, aber sie denkt über den Schwangerschaftsabbruch und dessen Strafbarkeit sehr viel differenzierter, als es bestimmte militante Vorhuten in manchen politischen Parteien und in den Gewerkschaften tun, die den § 218 weghaben

wollen. Nichts deutet darauf hin, daß deren Bataillone größer werden. Dies muß Christen ermuntern, in den einschlägigen Parteien und Gewerkschaften ihre Position deutlicher zu artikulieren, als es gemeinhin geschieht. Die Kirche würde sich zwar gefährlichen Illusionen hingeben, wollte sie sie mit solchen Umfrageergebnissen in der Hand unbedingt auf eine Gesetzesänderung setzen. Aber sie kann und die Christen in der Bundesrepublik (besonders die Katholiken) können für sich in Anspruch nehmen, durch ihr öffentliches Insistieren *mehr Nachdenklichkeit geweckt zu haben*. Und die hohe Akzeptanz für die gesetzlich vorgeschriebene *Beratung* liefert auch den Befürwortern eines um Verhinderung von Mißbrauch bemühten Beratungsgesetzes (vgl. ds. Heft, S. 92) gute Argumente. <sup>se</sup>

## Erkundungen

### *Ein schwächlicher Versuch, das Wirtschaftsbild von Pfarrern und Religionslehrern auszumachen*

Es kommt nicht häufig vor, daß das Meinungsbild kirchlichen Personals zu Wirtschaftsfragen erkundet wird. Doch aufgeschreckt durch wirtschaftskritische Grundhaltungen vorwiegend im evangelischen Bereich, aber nicht nur dort, und den wachsenden Protest von Pastoren und anderen kirchlichen Persönlichkeiten gegen den Einsatz bestimmter Großtechniken wie der Kernenergie bemüht sich insbesondere die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände seit einiger Zeit um intensiveren Kontakt zum kirchlichen Bereich. Dieses Bemühen ist auch der Grund für die Durchführung eines von den Arbeitgeberverbänden angeregten demoskopischen Unternehmens, durch das ein deutliches Meinungsbild kirchlich Verantwortlicher im zweiten und dritten Glied vermittelt werden sollte.

Durchgeführt wurde die Befragung – in schriftlicher Form – von der Sozialforschungsstelle des Psychologischen Instituts der Universität Zürich unter

Leitung von *Gerhard Schmidtchen* und unter Mitarbeit von *Anton Rauscher*. Die Auswertung erfolgte ebenfalls durch Gerhard Schmidtchen. Gefragt wurde nicht nur nach wirtschaftlichen Sachverhalten mit Teil-Testung des Wirtschaftswissens der befragten Pfarrer und Religionslehrer, sondern auch nach dem persönlichen Urteil über die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und über die großtechnischen Modernisierungsprozesse.

Sieht man sich die veröffentlichte Auswertung (Deutscher Institutsverlag, 63 Seiten) und dazu den vom Züricher Institut erstellten Tabellenband durch, dann wird man nicht gerade von grundstürzenden Neuigkeiten überrascht. Eine ausgesprochene Wirtschaftsfeindlichkeit des kirchlichen Personals läßt sich nicht feststellen. Der Auswerter konstatiert „beträchtliche Aufgeschlossenheit gegenüber Wirtschaftsfragen“, was aber keineswegs heiße, man sei kritiklos aufgeschlossen. Im Gegenteil: mit der Aufgeschlossenheit wachse auch die Kritikbereitschaft. In zwei grundlegenden Punkten gibt es einen weitgehenden Konsens: zur sozialen Marktwirtschaft und zum Schutz des Privateigentums, der bei letzterem Punkt noch beträchtlich ausgeprägter ist als bei ersterem. Daß Pfarrer und Religionslehrer die sozialen Komponenten der Marktwirtschaft stärker betonen als vergleichbare „Eliten“, liegt auf der Hand; daß sie ganz überwiegend (zu 82 Prozent) der Meinung sind, die Kirche müsse ihren – moralischen – Einfluß auf die Wirtschaft stärker geltend machen und sich mehr, als sie es in der Regel schon tut, für den Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Leistungsschwachen (zu 71 Prozent) einsetzen, kann niemanden überraschen, und daß Pfarrer und Religionslehrer – letztere noch ein bißchen mehr als erstere – mehrheitlich moralische Vorkämpfer der Rechte der Dritten Welt sind und die Kirche und ihre Möglichkeiten dort übermäßig idealisieren, auch nicht.

Selbst die etwas größere Nähe zu den Gewerkschaften als die undeutlichere zu den Unternehmern muß trotz Unterschieden zwischen evangelisch und

katholisch in diesem Punkt – die katholischen Befragten hielten den politischen Einfluß der Gewerkschaften viel zahlreicher für zu hoch (zu 64 Prozent gegenüber nur 30 Prozent der evangelischen) – mutet bei Personen, die gegenüber der Wirtschaft speziell einen moralischen Auftrag haben, eher selbstverständlich an. Und daß beim Testen des wirtschaftlichen Wissens zwischen Schlagwortwissen und Wissen um die Ursachen bestimmter wirtschaftlicher Phänomene (z. B. der Geldentwertung) sich wie bei anderen wirtschaftswissenschaftlich wenig vorgebildeten Bevölkerungsschichten auch eine beachtliche Kluft auftut, kann fast jeder ahnen. Schmidtchen attestiert der „religiösen Elite“ generell eine Tendenz, „wirtschaftliche Fragen zu moralisieren“, muß aber auch feststellen: „Wir stehen offenbar nicht dem Wirtschaftsbild speziell der Pfarrer, Religionslehrer und Religionslehrerinnen gegenüber, sondern ganz allgemein den Wirtschaftsvorstellungen der gebildeten Schichten.“ So sind letztlich die Antworten zur gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt und zum Einfluß des technischen Wandels auf Wirtschaft und Gesellschaft interessanter als die Antworten auf Wirtschaftsfragen im engeren Sinne. Daß bei der Kernenergie neben den positiven Seiten (saubere Energie!) zu viel höheren Prozentsätzen die akuten Risiken hervorgehoben werden, spricht eher für die Ausgeglichenheit des Urteils, daß sie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überwiegend auf Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen und damit in erster Linie auf soziale statt auf wirtschaftliche Lösungen setzen, auch. Daß 64 Prozent der Befragten meinten, der stärkere Einsatz von Elektronik wirke sich negativ auf die persönliche Freiheit des einzelnen aus, überrascht indessen. Und bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung kehren vorwiegend bekannte Klischees wieder. Dabei werden die gesellschaftskritischen Akzente von Evangelischen und Katholischen zum Teil unterschiedlich gesetzt. Evangelische kritisieren häufiger und nachdrücklicher politische Zustände: „Staatsverdrossenheit“, „Niedergang

der politischen Moral“, „Verdummung [Ver-Kohlung]“, „Rechtsruck“ etc.), während die Kritik von katholischer Seite stärker die moralische Entwicklung in der Gesellschaft im Blick hat („Konsumdenken“, „Zunahme der Kriminalität“, „Scheidungsfreudigkeit“, „Abtreibungszahlen“).

Aber auch da darf die Aussagekraft der Umfrage nicht überbewertet werden. Ihre Repräsentativität ist höchst fragwürdig. Je 100 evangelische resp. katholische Pfarrer und Religionslehrer wurden angeschrieben. Die Zusammensetzung der Befragten scheint recht zufällig über Ordinariate und Kirchenleitungen zustande gekommen zu sein. Der Rücklauf von evangelischen (31) und katholischen Adressaten (69) war höchst unterschiedlich. Die effektiv ausgewerteten Antworten lagen beträchtlich unter 100. Das Bemerkenswerteste an der ganzen Umfrage war so eigentlich die sehr unterschiedliche Antwortbereitschaft auf evangelischer und auf katholischer Seite. Vielleicht sollte gerade deswegen eine unabhängige Instanz, als es in dem Fall die Arbeitgeberverbände sein können, mehr Geld locker lassen, als es diesmal geschah, um eine seriösere Felduntersuchung durchführen zu können, als es die vorliegende sein konnte. se

## Glücksfall?

*Der Erfolg von „Oh Gott, Herr Pfarrer“*

Wer hätte das gedacht? Bisher war man eher Klagen gewöhnt darüber, eine wie geringe Rolle Religion und Kirche im Fernsehen spielen, wie hoch der Prozentsatz der aus der Kirche ausgetretenen Mitarbeiter der Rundfunkanstalten sei usw. Nun kommt plötzlich eine Spielfilmserie zur besten Sendezeit ins Programm, die im kirchlichsten Milieu spielt, das die Kirchen hierzulande zu bieten haben: zwischen Pfarrhaus, Gemeindesaal und Kirche in einer schwäbisch-protestantischen Kleinstadt. Kein kirchlicher Rundfunkbeauftragter war für

die Sendung verantwortlich, kein Kirchenfunk zuständig, der Autor der Serie bezeichnet sich selbst obendrein noch als linker Sozialdemokrat und ist aus der Kirche ausgetreten – und was wird daraus: ein Publikumserfolg, wie ihn auch die Rundfunkanstalten nicht alle Tage erleben.

Worin gründet der Erfolg der Unterhaltungsserie „Oh Gott, Herr Pfarrer“ des Süddeutschen Rundfunks und seines Autors *Felix Huby* alias Eberhard Hungerbühler? Ist es das allgemein hohe Ansehen des Pfarrerberufs, wie man es von Zeit zu Zeit wieder in Umfrageergebnissen bestätigt findet? Nach dem Rechtsanwalt in „Liebling, Kreuzberg“ und dem Arzt in der Schwarzwaldklinik nun also der Pfarrer von Talberg?

Gerade beim Pfarrer könnte tatsächlich Nachholbedürfnis bestehen. Lange Zeit war das Thema wohl schlicht zu sehr tabu gewesen, als daß man sich getraut hätte, es mit den Mitteln einer Unterhaltungsserie für das breite Publikum aufzubereiten. Die Serie lebt im wesentlichen von Geschichten, die nur deshalb Geschichten sind, weil ein Pfarrer in sie verwickelt ist. Ein Mann, zu dem man aufschaut, eine Familie, die – nicht selten zum eigenen Verdruß – als Vorbild dazustehen hat, sind gar nicht anders als wir alle: Der Pfarrer verliebt sich über beide Ohren, spielt „fetzig“ Schlagzeug und steigt zu einem Zuhälter ins Auto, liegt unter dem eigenen Wagen und macht sich die Hände schmutzig. Die Frau des Pfarrers möchte einen eigenen Beruf ausüben, und die Tochter bringt über Nacht einen Freund ins Pfarrhaus. In dieser Hinsicht hat der Film – wie viele andere – etwas Subalternes an sich, da man sich für die Alltäglichkeiten derjenigen interessiert, zu denen man aufschaut. Zugleich ist der Film eben ein Stück praktizierter Entmythologisierung der Pfarrhausfamilie, ein Reiz, der sich jedoch irgendwann von selbst verbraucht.

Aber dem Autor gelingt es, über diese zum Pflichtprogramm einer Unterhaltungsserie gehörenden Elemente hinaus ein Bild vom Leben der Pfarrerrfa-